

Mittel der Jugendverbandsförderung erhöhen

Die Jugendverbände des Landesjugendrings sind eine bedeutende Säule der Jugendarbeit in MV. Jährlich erreichen die Landesjugendverbände mit ihren Angeboten viele 10.000 junge Menschen. In den letzten 3 Jahren wurden 7,9 Prozent Teilnehmertage mehr abgerechnet, d. h. es werden mehr junge Leute mit mehr Angeboten erreicht, ohne dass die Förderung ausgeweitet wird. Seit 2006 ist die Förderung der Landesjugendverbände durch das Land MV bei 1,5 Millionen Euro eingefroren. Während Preise und Löhne steigen, erhöht das Land MV nicht die Fördersumme für die Jugendverbandsarbeit.

Ministerpräsident Erwin Sellering hatte in seiner Neujahrsansprache in Schwerin erklärt: „Es geht uns um die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen - um gute Arbeitsplätze mit fairen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen. Da dort, wo Tarif gezahlt wird, die Löhne meist höher sind und auch die Lohnangleichung weiter fortgeschritten oder sogar abgeschlossen ist, wird sich die Landesregierung auch in Zukunft dafür einsetzen, dass mehr Tariflohn gezahlt wird.“

Wir wollen, dass die Landesregierung ihre Forderung verwirklicht, indem sie die Jugendverbandsarbeit so fördert, dass Tariflöhne gezahlt und jährliche Preissteigerungen ausgeglichen werden können. Bisher bleibt Landesjugendverbänden nur entweder die Löhne einzufrieren oder die Tarife zu erhöhen und zugleich die Wochenarbeitszeit zu reduzieren oder tiefer in die Tasche von Kinder und Jugendlichen zu greifen. Dieser Zustand ist angesichts von jährlichen Haushaltsüberschüssen (2016: 253,6 Millionen Euro) nicht hinnehmbar.

Der Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern fordert die Landesregierung auf, die Förderung der Landesjugendverbände um 350.000 Euro auf 1,85 Millionen Euro im Jahr 2018 zu erhöhen. Dies entspricht einem Inflationsausgleich von jährlich zwei Prozent.

Der Landesjugendring fordert die Landesregierung auf, ab 2019 die Landesförderung der Landesjugendverbände jährlich zu erhöhen. Dabei muss die Erhöhung die Inflationsrate und die Steigerungen der Tarife im öffentlichen Dienst berücksichtigen.

Beschluss der 29. Vollversammlung des Landesjugendrings Mecklenburg-Vorpommern vom 08.04.2017